AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 35

FREITAG, DEN 7. MAI

2010

Inhalt:

	Seite		Seite
Öffentliche Auslegung im Rahmen einer Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung	853	21. Änderung der Immatrikulations- und Gasthörerordnung der Hochschule für Musik und Theater Hamburg	855
Bekanntmachung im Sinne des § 3 a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010	853	2. Nachtrag zu den Mehrleistungsbestimmungen als Anhang zur Satzung der Hanseatischen Feuerwehr-Unfallkasse Nord	855
Planfeststellungsverfahren	854	Satzung der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH) (Bekanntmachung gemäß § 39 Abs. 2 Nr. 11 MStV HSH)	856

BEKANNTMACHUNGEN

Öffentliche Auslegung im Rahmen einer Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Abteilung Gewässer und Hochwasserschutz, hat bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau, eine Zustimmung nach § 64 der Hamburgischen Bauordnung für die Errichtung eines Lärmschutzwalls westlich der Bundesautobahn A 1 zwischen den Sportanlagen Kirchdorf-Süd und der Straße Jenerseite-deich beantragt.

Das Vorhaben „Errichtung eines Lärmschutzwalls“ stellt ein Bauvorhaben nach Nummer 2.6.2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVPG) dar. Eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles wurde durchgeführt. Nach Einschätzung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt kann das Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben. Auf Grund von § 3 c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Die Unterlagen über die Umweltverträglichkeitsprüfung werden vom 17. Mai 2010 bis zum 14. Juni 2010 bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau, Stadthausbrücke 8, Raum E 300, 20355 Hamburg, nach § 9 UVPG öffentlich ausgelegt.

Die Unterlagen können montags bis mittwochs von 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr, ansonsten nach telefonischer Terminvereinbarung (Telefon: 040/4 28 40-21 21 oder -22 06), eingesehen werden.

Einwendungen können schriftlich oder zur Niederschrift bis zum 28. Juni 2010 bei oben genannter Behörde vorgebracht werden.

Die Erörterung findet am 29. Juli 2010 von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau, Stadthausbrücke 8, Raum B 23, 20355 Hamburg, statt.

Hamburg, den 20. April 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 853

Bekanntmachung im Sinne des § 3 a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010

Der Vattenfall Europe Generation AG & Co. KG, jetzt Vattenfall Europe Generation AG (VEG), wurde mit Bescheid vom 30. September 2008 die Errichtung und der Betrieb des Steinkohlekraftwerkes Moorburg auf dem Grundstück Moorburger Elbdeich 76, 21129 Hamburg-Moorburg, genehmigt.

Die Antragstellerin hat mit Antrag vom 18. Dezember 2009 die Genehmigung für die wesentliche Änderung des Steinkohlekraftwerkes durch Änderung bzw. Präzisierung des Brandschutzkonzeptes beantragt.

Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 e in Verbindung mit § 3 c UVPG unter Berücksich-

tigung der in Anlage 2 des UVPG aufgeführten Kriterien wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung im Änderungsverfahren abgesehen.

Das Vorhaben verursacht nach Einschätzung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt auf Grund überschlägiger Prüfung keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen.

Die Begründung der Feststellung, dass für die beantragte Erweiterung keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, ist bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt im Amt für Immissionsschutz und Betriebe, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg (Aktenzeichen: 213/09), nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich.

Hamburg, den 30. April 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 853

Planfeststellungsverfahren

– Änderung und Grundinstandsetzung der Meindorfer Straße zwischen Schneehuhnkamp und Wildgansstraße sowie Herstellung eines Versickerungsbeckens am Gastkamp –

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt/Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG), hat für das oben genannte Bauvorhaben die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens beantragt. Die Meindorfer Straße (Bundesstraße 75) soll in ihrer baulichen Substanz und in der Ausgestaltung des Querschnittes den Anforderungen des Kfz-, Fußgänger- und Radverkehrs angepasst werden. Dafür ist eine Grundinstandsetzung der Fahrbahn und der Nebenflächen sowie der Entwässerungsanlagen vorgesehen. Die Meindorfer Straße soll insbesondere breiter werden. Als Teil der neu zu bauenden Straßenentwässerung ist ein neues Versickerungsbecken am Gastkamp vorgesehen.

Für das Bauvorhaben werden Grundstücke auf der Nordseite der Meindorfer Straße zwischen Schneehuhnkamp und Wildgansstraße und am Gastkamp beansprucht (Gemarkung Meindorf).

Die Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c UVPG hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVPG für das oben genannte Vorhaben nicht erforderlich ist, da die zu erwartenden nachteiligen Umweltauswirkungen des Vorhabens nicht erheblich sind. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 3 a Satz 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist.

Der Plan (Zeichnungen und Erläuterungen) liegt in der Zeit vom 17. Mai 2010 bis zum 16. Juni 2010 im Bezirksamt Wandsbek, Dezernat Wirtschaft, Bauen, Umwelt, Archivbereich im I. Obergeschoss (Zimmer 120a), Schloßgarten 9, 22041 Hamburg, montags bis donnerstags von 8.30 Uhr bis 16.00 Uhr sowie freitags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr öffentlich aus.

1. Jeder kann bis spätestens zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, das ist bis zum 30. Juni 2010, beim Bezirksamt Wandsbek unter der angegebenen Anschrift oder bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Rechtsamt, Raum 106, Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Einwendungen gegen den Plan schriftlich oder zur Niederschrift erheben. Die Einwendung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen. Nach Ablauf dieser Einwen-

dungsfrist sind Einwendungen ausgeschlossen (§ 17 a Nummer 7 Satz 1 des Bundesfernstraßengesetzes). Einwendungen und Stellungnahmen der Vereinigungen sind nach Ablauf dieser Frist ebenfalls ausgeschlossen (§ 17 a Nummer 7 Satz 2 FStrG).

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner zu bezeichnen. Anderenfalls können diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben.

2. Diese Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der nach landesrechtlichen Vorschriften im Rahmen des § 63 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten Vereine und der sonstigen Vereinigungen, soweit sich diese für den Umweltschutz einsetzen und nach in anderen gesetzlichen Vorschriften zur Einlegung von Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten vorgesehenen Verfahren anerkannt sind (Vereinigungen), von der Auslegung des Plans.
3. Findet ein Erörterungstermin statt, wird er ortsüblich bekannt gemacht werden. Ferner werden diejenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, bzw. bei gleichförmigen Einwendungen wird der Vertreter, von dem Termin gesondert benachrichtigt (§ 17 VwVfG). Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können sie durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist. Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Das Anhörungsverfahren ist mit Abschluss des Erörterungstermins beendet.

Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich. Die Anhörungsbehörde kann auch auf eine Erörterung der rechtzeitig erhobenen Stellungnahmen und Einwendungen verzichten (§ 17 a Nummer 5 FStrG).

4. Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen und Stellungnahmen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.
5. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden nicht in dem Erörterungstermin, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.
6. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an die Einwender und diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.
7. Vom Beginn der Auslegung des Plans tritt die Veränderungssperre nach § 9 a FStrG in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Träger der Straßenbaulast ein Vorkaufsrecht an den vom Plan betroffenen Flächen zu (§ 9 a Absatz 6 FStrG).

Hamburg, den 30. April 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 854

21. Änderung der Immatrikulations- und Gasthörerordnung der Hochschule für Musik und Theater Hamburg

Vom 16. Dezember 2009 und 14. April 2010

Der Hochschulsenat der Hochschule für Musik und Theater Hamburg hat am 16. Dezember 2009 und am 14. April 2010 gemäß § 85 Absatz 1 Nummer 1 des Hamburgischen Hochschulgesetzes in der Fassung vom 18. Juli 2001, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. 2001 S. 171, 2010 S. 23, 107), die folgenden Änderungen der Immatrikulations- und Gasthörerordnung der Hochschule für Musik und Theater Hamburg vom 2. März 1988/10. Januar 1990, zuletzt geändert am 10. Juni 2009 (Amtl. Anz. 1990 S. 877, 2009 S. 1451), beschlossen:

Artikel I

1. § 4 Nachweis deutscher Sprachkenntnisse wird wie folgt geändert:

„(1) Studienbewerberinnen und -bewerber aus nicht-deutschsprachigen Ländern müssen zusätzlich zum Nachweis einer künstlerisch-wissenschaftlichen Befähigung gute Kenntnisse der deutschen Sprache nachweisen. Der Nachweis deutscher Sprachkenntnisse erfolgt durch eine an der Hochschule abzulegende Prüfung, die in zeitlichem Kontext zur Aufnahmeprüfung stattfindet.

(2) Die Prüfung findet in schriftlicher oder mündlicher Form statt und dauert etwa 30 bis 60 Minuten. Die bzw. der Vorsitzende des Aufnahmeprüfungsausschusses legt die Form der Prüfung fest und bestimmt die Kommission für die Deutschprüfung.

(3) Die Deutschprüfung als Zugangsvoraussetzung zum Studium wird mit „bestanden“ und „nicht bestanden“ bewertet. Ist die Prüfung nicht bestanden, besteht die Möglichkeit, vor Semesterbeginn eine Wiederholungsprüfung an der Hochschule abzulegen. Der konkrete Termin wird rechtzeitig bekannt gegeben. Wird auch diese Prüfung nicht bestanden, kann das Studium nicht aufgenommen werden.

(4) Stellt die Hochschule erst im Rahmen des Unterrichts fest, dass Studierende dem Unterricht nicht in hinreichendem Maße folgen können, kann sie verlangen, dass diese an einem von der Hochschule empfohlenen Sprachkurs teilnehmen.“

2. § 5 Studienberechtigung höherer Fachsemester wird wie folgt neu gefasst:

„(1) Studienbewerber, die an einer anderen Hochschule oder einer vergleichbaren Institution im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes studiert haben und ihr Studium an der Hochschule fortsetzen wollen, müssen ihre künstlerisch-wissenschaftliche Befähigung in einer Aufnahme- und Einstufungsprüfung nachweisen.

(2) Wird zusammen mit der Bewerbung der Nachweis über eine durch eine Prüfung abgeschlossene Ausbildung in den Nebenfächern Klavier, Musiktheorie oder Gehörbildung erbracht, wird der Studienbewerber bei Gleichwertigkeit von den entsprechenden Aufnahmeprüfungsteilen befreit. Die Entscheidung trifft der Vizepräsident. Eine Aufnahme- und Einstufungsprüfung in dem gewählten Hauptfach ist in jedem Fall abzulegen.

(3) Bei Bestehen der Aufnahme- und Einstufungsprüfung wird von dem Vizepräsidenten zusammen mit dem Prüfungsausschuss auf Vorschlag der Prüfungskommission eine Einstufung in ein bestimmtes Fachsemester ausgesprochen.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten für ausländische Studienbewerber entsprechend.“

Artikel II

Die Regelungen des Artikels I treten einen Tag nach Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger in Kraft.

Hamburg, den 16. Dezember 2009/14. April 2010

Hochschule für Musik und Theater Hamburg

Amtl. Anz. S. 855

2. Nachtrag zu den Mehrleistungsbestimmungen als Anhang zur Satzung der Hanseatischen Feuerwehr-Unfallkasse Nord

Die Vertreterversammlung der Hanseatischen Feuerwehr-Unfallkasse Nord hat in ihrer Sitzung am 17. November 2009 in Kiel einstimmig folgende Änderung der Mehrleistungsbestimmungen als Anhang zur Satzung beschlossen:

- In Teil 1 (gültig für das Geschäftsgebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein) werden die Ziffern 4.1.0 sowie die Ziffern 4.7.0 bis 4.10.0 gestrichen. In Teil 2 (gültig für das Geschäftsgebiet des Landes Freie und Hansestadt Hamburg) werden in § 5 der Absatz 1 und in § 6 der Absatz 6 gestrichen.
- Die Gewährung von Sterbegeld und einmaligen Mehrleistungen im Todesfall wird durch folgende, für das gesamte Geschäftsgebiet geltende Bestimmung ersetzt:

Mehrleistungen im Todesfall

- Die Mehrleistung zum Todesfall beträgt das 20fache des Mindestbetrages für das Pflegegeld nach § 44 Abs. 2 SGB VII.
- Im Fall eines Unfalls mit Todesfolge erhalten die bezugsberechtigten Hinterbliebenen nach Ziffer 4 eine einmalige Mehrleistung von
 - 30.000 €,
 - 40.000 € im Falle eines Einsatzes im Sinne des § 1 Nr. 1 bis 4 des Brandschutzgesetzes (BrSchG) für das Land Schleswig-Holstein, § 1 Brand- und Hilfeleistungsgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern und § 3 Abs. 1 i. V. m. Abs. 3 des Feuerwehrgesetzes der Freien und Hansestadt Hamburg.
- Soweit keine Witwenrente oder nur eine Witwenrente nach § 65 Abs. 1 Satz 2 SGB VII zur Auszahlung gelangt, wird an Hinterbliebene nach Ziffer 4 a) und b) eine Mehrleistung zum Sterbegeld der gesetzlichen Unfallversicherung in Höhe der Hälfte der einmaligen Mehrleistung nach Ziffer 2 gewährt.
- Bezugsberechtigte Hinterbliebene sind nacheinander:
 - die Ehegatten,
 - die Partner einer Bedarfsgemeinschaft analog des § 7 Abs. 3 Nr. 3 i. V. m. Abs. 3a SGB II,
 - die Kinder im Sinne des § 217 Abs. 3 SGB VII,
 - die Verwandten in gerader aufsteigender Linie. Den Eltern stehen Stief- oder Pflegeeltern gleich (§ 69 SGB VII).
- Von den Mehrleistungen werden zunächst die durch das Sterbegeld der gesetzlichen Unfallversicherung nicht gedeckten Bestattungskosten bestritten und an den gezahlt, der sie trägt. Verbleibt ein Überschuss, wird die-

ser an die bezugsberechtigten Hinterbliebenen gezahlt, wenn sie mit den Versicherten in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben. Fehlen solche Berechtigten, kann die Auszahlung in Härtefällen an die Kinder, die Eltern oder die Geschwister der Versicherten erfolgen. Der Rentenausschuss bestimmt nach pflichtgemäßem Ermessen den Berechtigten aus diesem Personenkreis.

6. Bei späterem Tod wegen Folgen des Versicherungsfalles wird eine bereits geleistete einmalige Entschädigung nach den gemeinsamen Mehrleistungsbestimmungen über die Gewährung einmaliger Mehrleistungen an Versicherte (Inkrafttreten am 01.01.2009) angerechnet.

Die Änderung der Mehrleistungsbestimmungen tritt zum 1. Januar 2010 in Kraft.

Hanseatische Feuerwehr-Unfallkasse Nord

Der Vorsitzende der Vertreterversammlung

gez. Lothar Schmidt L.S.

Genehmigungsvermerk

Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit
des Landes Schleswig-Holstein

VIII 203-425.92-002

Der von der der Vertreterversammlung am 17. November 2009 beschlossene 2. Nachtrag zu den Mehrleistungsbestimmungen als Anhang zur Satzung der Hanseatischen Feuerwehr-Unfallkasse Nord wird gemäß § 34 Absatz 1 SGB IV in Verbindung mit § 114 Absatz 2 SGB VII mit der Maßgabe genehmigt, dass

- bei Mehrleistungen im Todesfall, Ziffer 3., die Worte „und b)“ sowie

- bei Mehrleistungen im Todesfall, Ziffer 4., die Worte „b) die Partner einer Bedarfsgemeinschaft analog des § 7 Abs. 3 Nr. 3 i. V. m. Abs. 3a SGB II“

von der Genehmigung ausgenommen sind.

Kiel, den 31. März 2010

gez. Torsten Zwick L.S.

Amtl. Anz. S. 855

Satzung der Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein (MA HSH) (Bekanntmachung gemäß § 39 Abs. 2 Nr. 11 MStV HSH)

Folgende Satzung der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH) wurde gemäß § 39 Abs. 2 Nr. 11 MStV HSH i. V. m. § 68 LVwG im Internet unter www.ma-hsh.de bekannt gemacht:

Satzung der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH) über die Zurverfügungstellung der notwendigen personellen und sachlichen Mittel für die Organe nach § 35 Abs. 2 des Rundfunkstaatsvertrages und zur Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben (Finanzierungssatzung – FS) vom 30. April 2010.

Norderstedt, den 30. April 2010

Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein (MA HSH)

Der Direktor

Amtl. Anz. S. 856

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

EU-Vergabe im offenen Verfahren

<p>1. Vergabestelle:
Behörde für Soziales, Familie,
Gesundheit und Verbraucherschutz,
Institut für Hygiene und Umwelt,
Referat für Haushalt, Beschaffung,
Kosten- und Leistungsrechnung,
Marckmannstraße 129 a, 20539 Hamburg,
Telefon: 040/42845-7374,
Telefax: 040/42845-7573</p> <p>2. Kategorie der Dienstleistung und Beschreibung,
CPV-Referenznummer:
Kategorie 33,
Medizinische Geräte und Laborgeräte,
optische Geräte und Präzisionsgeräte,
CPV-Referenznummer 38432200,
HPLC-MS/MS Messplatz,
2 Lose: 1. HPLC-System mit binärem
Hochdruckgradientenmischer
2. MS/MS-System (Triple-Quad)</p> <p>3. Ausführungsort:
Behörde für Soziales, Familie,
Gesundheit und Verbraucherschutz,
Institut für Hygiene und Umwelt,
Marckmannstraße 129 b, 20539 Hamburg</p> | <p>4. a) entfällt</p> <p>4. b) entfällt</p> <p>4. c) entfällt</p> <p>5. Angebote: Einzelsumme pro Los</p> <p>6. Nebenangebote:
Nebenangebote können nicht abgegeben werden.</p> <p>7. entfällt</p> <p>8. Anforderung der Unterlagen,
Einsendefrist der Anträge, Gebühr:</p> <p>a) Behörde für Soziales, Familie,
Gesundheit und Verbraucherschutz,
Institut für Hygiene und Umwelt,
Marckmannstraße 129 a, 20539 Hamburg,
Zimmer 124 a.</p> <p>b) Einsendefrist bis zu 21. Mai 2010.</p> <p>c) die Ausschreibungsunterlagen können schriftlich
und gegen Überweisung von 10,- Euro an die Deutsche
Bundesbank, Kontonummer 20 001 561, BLZ
200 000 00, zur Referenznummer 1010122001422,
unter dem Kennwort „Ausschreibung EU02/10“ angefordert
oder werktags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr in Zimmer 124 a
eingesehen werden.</p> |
|---|---|

9. Angebotsfrist, Anschrift, Sprache:
 a) Die Angebote müssen bis zum 9. Juli 2010 eingehen.
 b) Anschrift wie vorstehend.
 c) Sprache: deutsch
10. a) entfällt
11. Kauttionen und Sicherheiten:
 Sicherheit in Höhe von 5% der Auftragssumme durch eine selbstschuldnerische Bürgschaft.
12. Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen:
 Zahlungen im Rahmen der Verdingungsordnung für Leistungen (ausgenommen Bauleistungen) Teil B (VOL/B), Hamburgische Zusätzliche Vertragsbedingungen und der Ausschreibungsunterlagen.
13. entfällt
14. entfällt
15. Bindefrist: 31. Oktober 2010
16. Auftragserteilung:
 Der Zuschlag wird nach § 25 Nummer 3 VOL/A auf das wirtschaftlich günstigste Angebot erteilt.
17. Sonstige Angaben:
 Nachprüfstelle:
 Vergabekammer bei der Finanzbehörde,
 Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg
 Der Bieter unterliegt mit der Abgabe seines Angebotes den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote (§ 27 a VOL/A).
18. Tag der Veröffentlichung der Vorinformation im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften: entfällt
19. Tag der Absendung der Bekanntmachung:
 3. Mai 2010
20. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG:
 3. Mai 2010
21. Anwendungsbereich des Beschaffungsübereinkommens betroffen: Ja

Hamburg, den 3. Mai 2010

**Die Behörde für Soziales, Familie,
 Gesundheit und Verbraucherschutz**

478

**Öffentliche Ausschreibung
 der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg**

Die Freie und Hansestadt Hamburg, Zentraleinkauf der Polizei (Verwaltung und Technik 21), schreibt im Wege der Öffentlichen Ausschreibung gemäß § 3 Nummer 1 (1) VOL/A in Verbindung mit Anhang I B Kat. 27, den Betrieb eines Verwahrplatzes für sichergestellte und abgeschleppte Kraftfahrzeuge (einschließlich Abholung und Inkassogeschäft) aus.

Ablauf der Angebotsfrist: 16. Juni 2010, 10.00 Uhr.

Weitere Informationen zu dieser Ausschreibung einschließlich Hinweisen zum Bezug der Ausschreibungsunterlagen sind auf der Internetseite www.hamburg.de (Suchbegriff: „polizei ausschreibungen“) hinterlegt.

Hamburg, den 30. April 2010

**Die Behörde für Inneres
 – Polizei –**

479

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

71p K 63/06. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Geschwister-Scholl-Straße 83, 85 belegene, im Grundbuch von Eppendorf Blatt 5845 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 6025/100 000 Miteigentumsanteilen an dem 954 m² großen Flurstück 503, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung, dem Bodenraum sowie dem Sondernutzungsrecht an dem Kfz-Stellplatz in der Tiefgarage im ATP, jeweils bezeichnet mit Nummer 6, durch das Gericht versteigert werden.

Die etwa 85,86 m² große 3-Zimmer-Wohnung (Küche, Bad, Gäste-WC/Duschbad, Abstellnische und Loggia) liegt im I. Obergeschoss rechts des Gebäudeteils Geschwister-Scholl-Straße 83 in einem viergeschossigen Mehrfamilienhaus mit 20 Wohnungen nebst Tiefgarage mit 20 Tiefgaragen-Stellplätzen; Baujahr 1978; Gaszentralheizung.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 175 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 29. Juni 2010, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 15. Mai 2006 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses

dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 7. Mai 2010

Das Amtsgericht, Abt. 71

480

Zwangsversteigerung

802 K 112/07. Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft soll das in Hamburg, Waldweg 153 belegene, im Grundbuch von Sasel Blatt 7310 eingetragene 2200 m² große Grundstück (Flurstück 1760), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem unterkellerten Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss zur Größe von etwa 158 m². Der Altbau stammt etwa aus dem Jahre 1936, der Anbau etwa aus 1984. Der bauliche Zustand ist laut Gutachten unbefriedigend. Es besteht Unterhaltungsstau und Renovierungsbedarf. Hierfür hat der Gutachter einen Abschlag von 21 850,- Euro vom Verkehrswert vorgenommen. Das Objekt wird von einem der Miteigentümer genutzt. Ferner befindet sich auf dem Grundstück ein Carport.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 329 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 13. Juli 2010, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 7. Dezember 2007 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

481

802 K 17–19/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Hamburg, Edwin-Scharff-Ring 32/46, 58/80 belegenden, in den Grundbüchern von Steilshoop Blatt 1714, Blatt 1726 und Blatt 1730 eingetragenen Wohnungseigentumsrechte, bestehend aus a) 6039/1 702 909 Miteigentumsanteilen, b) 6065/1 702 909 Miteigentumsanteilen, c) 6065/1 702 909 Miteigentumsanteilen,

an dem 22 670 m² großen Flurstück 565, verbunden mit dem Sondereigentum a) an der Wohnung und dem Kellerraum Nummer 69, b) an der Wohnung und dem Kellerraum Nummer 81, c) an der Wohnung und dem Kellerraum Nummer 85 des Aufteilungsplanes, durch das Gericht versteigert werden.

Alle drei Wohnungen befinden sich in einer 1972 erbauten, voll unterkellerten, vier- bis zehngeschossigen, ringförmigen Mehrfamilienwohnhausanlage mit 20 Hauseingängen und Innenhofanlage. Anstehende Sanierungsarbeiten am gemeinschaftlichen Eigentum. a) 802 K 17/09: Die etwa 60 m² große 2-Zimmer-Wohnung mit Balkon liegt im II. Obergeschoss links des Gebäudeteils Edwin-Scharff-Ring 80. Zur Zeit der Gutachtenerstellung war die Wohnung vermietet. Einige Instandsetzungsarbeiten sind erforderlich. b) 802 K 18/09: Die etwa 60 m² große 2-Zimmer-Wohnung mit Balkon liegt im Erdgeschoss links des Gebäudeteils Edwin-Scharff-Ring 76. Zur Zeit der Gutachtenerstellung war die Wohnung vermietet. Einige Instandsetzungsarbeiten sind erforderlich. c) 802 K 19/09: Die etwa 60 m² große 2-Zimmer-Wohnung mit Balkon liegt im II. Obergeschoss links des Gebäudeteils Edwin-Scharff-Ring 76. Zur Zeit der Gutachtenerstellung war die Wohnung vermietet und befand sich in einem unmodernisierten, aber gepflegten Zustand.

Verkehrswerte gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: Zu a): 51 000,- Euro bzw. 25 500,- Euro je hälftigen Miteigentumsanteil, zu b): 56 000,- Euro bzw. 28 000,- Euro je hälftigen Miteigentumsanteil, zu c): 59 000,- Euro bzw. 29 500,- Euro je hälftigen Miteigentumsanteil.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 14. Juli 2010, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Die Zwangsversteigerungsvermerke sind am 20. Juli 2009 bzw. 21. Juli 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie

bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 7. Mai 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek**

Abteilung 802

482

Zwangsversteigerung

417 K 7/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll durch das Gericht versteigert werden, das im Grundbuch von Bergedorf Blatt 3905 eingetragene Grundstück Augustastraße 5.

Das Grundstück (Flurstück 1923, 575 m² groß) ist vermutlich 1905 bebaut worden mit einem massiv gebauten Einfamilienhaus mit farbig gestrichenem Putz, Satteldach mit glatten Betonpfannen; durch Umbauten sind jetzt 2 Wohnungen vorhanden: Wohnung im Souterrain und Erdgeschoss mit rund 141 m² Wohnfläche (vom Eigentümer genutzt) und Wohnung im I. Obergeschoss und Dachgeschoss mit rund 147 m² (vermietet); isolierverglaste Holzfenster, Gasheizung; umfassende Modernisierung, überdurchschnittlich guter Zustand.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 475 000,- Euro.

Versteigerungstermin: **Dienstag, den 29. Juni 2010, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, I. Stock, Saal 114.

Das Gutachten zum Verkehrswert kann vormittags, Zimmer 311/312, eingesehen werden.

Für ein Gebot ist unter Umständen 10 % des Verkehrswertes als Sicherheit zu leisten.

Der Versteigerungsvermerk ist am 24. Februar 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und,

wenn der betreibende Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, andernfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des oben angegebenen Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, andernfalls tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Weitere Informationen im Internet unter www.zvg.com

Hamburg, den 7. Mai 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 417

483

Zwangsversteigerung

505 K 5/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 22609 Hamburg, Julius-Brecht-Straße 11 belegene, im Wohnungsgrundbuch von Osdorf Blatt 7288 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 43/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 3052 m² großen Grundstück (Flurstück 3725), verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nummer 109 bezeichneten Wohnung nebst Keller, durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Die vermietete 1-Zimmer-Wohnung mit Balkon, Flur und WC ist im VIII. Obergeschoss Mitte des etwa im Jahre 1967 errichteten, 15-stöckigen, insgesamt 198 Wohn- und 13 Gewerbeeinheiten umfassenden Hochhauses belegen und hat nach dem Wertgutachten vom 21. September 2009 eine Größe von etwa 33,71 m². Die monatliche Bruttomiete beträgt zurzeit 356,50 Euro, das Wohngeld 198,- Euro.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 17. Februar 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 44 000,- Euro, Einheitswert 17 300,- DM.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 14 im Erdgeschoss, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Informationen mit dem Gutachten zum Download

auch im Internet unter www.zvg.com und www.zvhh.de.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Freitag, den 2. Juli 2010, 10.45 Uhr**, im Amtsgericht Hamburg-Blankenese, Dormienstraße 7, 22587 Hamburg, I. Stock, Saal 18.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 7. Mai 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Blankenese**

Abteilung 505

484

Zwangsversteigerung

616 K 58/08. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 21073 Hamburg, Julius-Ludowieg-Straße 47, 47 a belegene, im Wohnungsgrundbuch von Harburg Blatt 16 322 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 82/1000 Miteigentumsanteilen an dem 440 m² großen Flurstück 4962, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Abstellraum im Keller bezeichnet mit Nummer 2 im Erdgeschoss (postalisch Julius-Ludowieg-Straße 47), durch das Gericht versteigert werden.

Die 2,5-Zimmer-Wohnung (Wohn-, Schlaf-, Esszimmer, Küche, Wannensbad, Balkon) in einem dreigeschossigen Mehrfamilienhaus (Baujahr 1956) mit 8 Wohneinheiten verfügt über eine Wohnfläche von 51,71 m². Die Beheizung erfolgt über Gas-Etagenheizung und Warmwasserversorgung über Heizung. Es besteht durchschnittlicher Modernisierungsbedarf und ein Investitionsrückstau von etwa 2500,- Euro. Für die Veräußerung ist die Zustimmung des Verwalters erforderlich.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 58 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 24. August 2010, 9.00 Uhr**, Sitzungssaal 04, Bleicherweg 1, Untergeschoss.

Das über den Verkehrswert erstellte Gutachten kann werktäglich, außer mittwochs, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr auf der Geschäftsstelle (Zimmer 5 im Dienstgebäude Buxtehuder Straße 11, Zugang über den Parkplatz, Gebäude hinten auf dem Grundstück) eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.versteigerungspool.de und www.zvhh.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 26. August 2008 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger/Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 7. Mai 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**

Abteilung 616

485

Ausschlussurteil

314 A C 160/09. Der Hypothekenbrief der im Grundbuch von Ottensen Blatt 5374 in Abteilung III unter Nummer 19 für Frau Louise (Lisa) Wilhelmine Sophie Schramm, geborene Salomon und Frau Irene Klothilde Charlotte Lotz, geborene Salomon eingetragene Hypothek über 3100,- DM, wird für kraftlos erklärt.

Hamburg, den 7. April 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Altona**

Abteilung 314

486

Ausschlussurteil

409 C 77/09. In der Aufgebotsache Sebastian Kauza, Brookkehre 9, 21029 Hamburg – Antragsteller –, Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwalt Bernd Große, Bahnhofstraße 31, 21218 Seevetal, Geschäftszeichen: 51/08, erkennt das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Abteilung 409, durch die Richterin Eisermann für Recht:

Der Brief für die Grundschuld, welche eingetragen ist im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf von Bergedorf, Blatt 5886 in Abteilung III unter der laufenden Nummer 8 für die C. S. Immobilien- und Handelsgesellschaft mbH in Seevetal über 200 000,- DM nebst 16 % Jahreszinsen und einer einmaligen Nebenleistung in Höhe von 5 %, wird für kraftlos erklärt.

Der Antragsteller trägt die Kosten des Verfahrens.

Hamburg, den 27. April 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 409 487

Ausschlussurteil

409 C 7/09. In der Aufgebotsache Sebastian Kauza, Brookkehre 9, 21029 Hamburg – Antragsteller –, Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwalt Bernd Große, Bahnhofstraße 31, 21218 Seevetal, Geschäftszeichen: 51/08, erkennt das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Abteilung 409, durch die Richterin Eisermann für Recht:

Der Brief für die Grundschuld, welche eingetragen ist im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf von Bergedorf, Blatt 5886 in Abteilung III unter der laufenden Nummer 9 für die C. S. Immobilien- und Handelsgesellschaft mbH in Seevetal über 36 000,- DM nebst 16 % Jahreszinsen und einer einmaligen Nebenleistung in Höhe von 5 %, wird für kraftlos erklärt.

Der Antragsteller trägt die Kosten des Verfahrens.

Hamburg, den 27. April 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 409 488

Ausschlussurteil

610 a C 24/09. In der Aufgebotsache des Herrn Walter Henkel, Rodigallee 42, 22043 Hamburg, vertreten durch Notar Peter Schlatermund, Lüneburger Tor 4, 21073 Hamburg, hat das Amtsgericht Hamburg-Harburg, Abteilung 610 a, durch den Richter am Amtsgericht Huland, im Aufgebotsverfahren vom 15. April 2010 für Recht erkannt:

Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Wilhelmsburg Band 130 Blatt 4347 in Abteilung III unter Nummer 7 für die Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft Niederladung Lübeck in Höhe von 25.000,- DM eingetragene Grundschuld wird für kraftlos erklärt.

Hamburg, den 27. April 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**

Abteilung 610 489

Sonstige Mitteilungen**Öffentliche Ausschreibung – § 17 Nummer 1 VOB/A
der Hamburger Wasserwerke GmbH
Planung Tiefbau**

Die Hamburger Wasserwerke haben die Hamburger Stadtentwässerung mit der Vergabe der Leistungen beauftragt.

ÖA-Nummer: 40/10

Wesentliche Leistungen:

Betriebsfertige Legung von insgesamt etwa 4080 m Leitungen in den Straßen Chemnitzstraße u. a. in Hamburg-Altona, und zwar

20 m DN 65 PE (SLA)
370 m DN 80 GGGZmPE
2920 m DN 100 GGGZmPE

sowie 690 m DN 25–50 Cu bzw. PE
75 m DN 80 GGGZmPE
5 m DN 100 GGGZmPE
Anschlussleitungen

Geplanter Ausführungsbeginn: Juli 2010

Voraussetzung für die Beauftragung:

DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 301, Gruppe W3 ge.

Sicherheiten und Zahlungsbedingungen:
siehe Vergabeunterlagen

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 11. Mai 2010 bis zum 27. Mai 2010 montags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr einzusehen oder erhältlich für 20,00 Euro bei der Kasse der Hamburger Stadtentwässerung, 20097 Hamburg, Banksstraße 6, Zimmer 837.

Alternativ können die Unterlagen auch nach schriftlicher Anforderung durch Brief oder Fax (Telefax: 040/34 98 - 5 72 98) direkt zugesandt werden gegen eine zusätzliche Pauschale für Porto und Verpackung in Höhe von 2,50 Euro. Der Betrag ist in diesem Fall unter Angabe der ÖA-Nummer 40/10 auf das folgende Konto der Hamburger Stadtentwässerung bei der HSH Nordbank AG, Kontonummer: 100 909 000, BLZ 210 500 00, zu überweisen. Briefmarken und Schecks werden als Zahlungsmittel nicht angenommen.

Eröffnungstermin: 2. Juni 2010 um 10.30 Uhr bei der Hamburger Stadtentwässerung, Anstalt des öffentlichen Rechts, Banksstraße 6, Zimmer 835, 20097 Hamburg. Einwurfskasten: Zimmer 837.

Hamburg, den 3. Mai 2010

Hamburger Wasserwerke GmbH 490